

Achte Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR der zehnten Legislaturperiode

Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen

(Schluß, Anfang S. 1)

Inspektionen und andere sowie Amtspersonen, die von der Gesetzgebung der UdSSR dazu beauftragt sind.

Große Bedeutung wird dabei der Festlegung der Regeln der Erstellung von Administrativstrafen beigemessen. Die strengsten darunter — Besserungsarbeiten und Administrativhaftung — nur von Volksrichtern oder vom Volksrichter bestimmt werden. Die Gerichtsordnung der Anwendung dieser Sanktionen schafft die notwendigen Garantien für die Bürger, gewährleistet ihre erzieherische Einwirkung sowohl auf die Verletzten als auch auf andere Verfahrensbeteiligte. Administrativhaftung darf nur in Ausnahmefällen für geringfügige Rowdyhandlungen und böswillige Widersetzung gesetzlicher Anordnungen oder Forderungen eines Mitarbeiters der Miliz oder freiwilligen Milizhelfers erfolgen. Aber auch in diesen Fällen darf die Verhaftung von schwangeren Frauen und Kindern bis zu fünf Jahren haben; in besonderen Umständen von 18 Jahren und Invaliden erster und zweiter Gruppe nicht vorgenommen werden.

Solch eine Art der Bestrafung wie Geldstrafe ist für die meisten administrativen Rechtsverletzungen vorgesehen. Gemäß der allgemeinen Regel darf die Strafe, die Bürgern auferlegt wird, nicht zehn Rubel und die Strafe, die Amtspersonen auferlegt wird, nicht 50 Rubel überschreiten. Doch zur Hebung der Verantwortung für einzelne Arten von Rechtsverletzungen sind durch Gesetzgebungsakte der Kasachischen SSR eine Geldstrafe für Bürger bis zu 50 Rubel und für Amtspersonen bis zu 100 Rubel; durch Gesetzgebungsakte der UdSSR bis zu 100 Rubel für Bürger und bis zu 200 Rubel für Amtspersonen festgelegt werden. Vorgesehen ist die Erweite-

lung der Fälle von administrativen und rechtlichem Schutz der Vermögensbeziehungen. Im Zusammenhang damit ist den Kollegialorganen und den Volksrichtern das Recht eingeräumt, neben Verhängung administrativer Strafen, den Schuldigen zu verpflichten, den durch sein unrechtmäßiges Handeln zugefügten Schaden zu ersetzen, wenn die Schadenshöhe 50 Rubel überschreitet; dem Rayon-(Stadt-)Volksrichter wird dies unabhängig von der Höhe des Schadensersatzes gewährt.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Strafen sind streng genug. Ihre richtige und zeitgemäße Anwendung wird die effektive Bekämpfung administrativer Rechtsverletzungen fördern. Zugleich hat allein die Verhandlung solcher Fälle in Arbeitskollektiven unter Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und die Kritik seitens der Kollegen eine wesentliche Bedeutung bei der Erziehung der Bürger zur Achtung der Gesetze.

Deshalb wird auch die Möglichkeit vorgesehen, die staatlichen oder administrative Rechtsverletzungen an das Kameradschaftsgericht, die gesellschaftliche Organisation oder das Arbeitskollektiv zur Erörterung weiterzuleiten, wenn es unter Berücksichtigung des Charakters der Rechtsverletzung und der Person des Rechtsverletzten es als zweckmäßig erachtet, auf ihn öffentlich zu einwirken.

Der Zweck der Ordnungsstrafe besteht, wie es im Entwurf bestimmt wird, in der Erziehung der Bürger im Geiste der Befolgung der sowjetischen Gesetze, der Achtung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens sowie der Vorbeugung gegen neue Rechtsverletzungen sowohl durch die Rechtsverletzten selbst als auch durch andere Personen. Deshalb sind die richtige Bewertung der Umstände, unter denen die Rechtsverletzung begangen wurde, sowie die Festsetzung einer

der Tat angemessenen Strafe von großer Wichtigkeit. Im Zusammenhang damit wird eine allgemeine Ordnung der Verhängung von Ordnungsstrafen festgelegt unter Berücksichtigung des Charakters der begangenen Rechtsverletzung, der Person des Rechtsverletzten, seiner Schuld und seines Vermögensstands, der Umstände, welche die Verantwortung mildern oder erschweren.

Der Entwurf enthält eine Reihe von Vorschriften, die auf die Gewährleistung der Rechtsgarantien der Bürger zielen. Die Person, die zur administrativen Verantwortung gezogen wird, ist berechtigt, bei der Verhandlung des Falls die juristische Hilfe eines Advokaten in Anspruch zu nehmen. In ihrer Muttersprache zu sprechen und von den Diensten eines Dolmetschers Gebrauch zu machen, falls sie die Sprache nicht beherrscht, in der das Gerichtsverfahren geführt wird; Berufung gegen das Strafurteil einzulegen.

Hier sei betont, daß die neue Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen gemäß Artikel 56 der Verfassung der Kasachischen SSR die Möglichkeiten zur Einlegung einer Berufung gegen das Strafurteil im Fall einer administrativen Rechtsverletzung erweitert. Nach allgemeiner Ordnung kann gegen das Strafurteil zum Fall einer solchen Rechtsverletzung ein Berufungsurteil an der obersten Instanz der staatlichen Verwaltung bzw. im Rayon-(Stadt-)Volksgericht eingelegt werden. Zugleich kann der Bürger gegen das Strafurteil zum Fall einer solchen Rechtsverletzung ein Berufungsurteil zum Fall und gegen die Entscheidung zur Beschwerde über administrative Rechtsverletzungen in gesetzlich festgelegter Form einlegen. Dabei stellt der Protest des Staatsanwalts die Vollstreckung des Strafurteils bis zur Verhandlung des Protestes ein.

Auf neue Art wird die Frage der Verjährungsfrist bei Heran-

ziehung zur administrativen Verantwortung entschieden. Das Strafurteil ist in spätestens nach Ablauf von zwei Monaten seit dem Tag zu verhängen, an dem die Rechtsverletzung begangen wurde; nach der Ergehnissen der Gesetzgebung war diese Frist auf einen Monat festgelegt.

Doch der Kampf gegen Rechtsverletzungen darf sich nicht nur auf Strafurteile beschränken. Ein wichtiger Aspekt der Vorbeugung von Rechtsverletzungen, die die Staatsorgane, die öffentlichen Organisationen, die Arbeitskollektive müssen Maßnahmen erarbeiten, die auf die Vorbeugung von administrativen Rechtsverletzungen, auf die Ermittlung und Beseitigung der Ursachen und Bedingungen, die sie begünstigen, auf die Erziehung der Bürger im Geiste hoher Bewußtheit und Disziplin, auf strikte Befolgung der Gesetze zielen. Eine besondere Rolle kommt dabei den Sowjets der Volksdeputierten zu. Sie haben auf ihrem Territorium die Arbeit aller staatlichen und öffentlichen Organe zur Vorbeugung der Rechtsverletzungen zu koordinieren, die Tätigkeiten der Organe des Ministeriums des Innern, der administrativen Kommissionen, der Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen sowie anderer ihnen rechenschaftspflichtigen Organe zu leiten.

Alle Fälle der Rechtsverletzungen, mit Ausnahme derer, die in den Kompetenzbereich anderer Organe und Amtspersonen fallen, werden von den administrativen Kommissionen der Vollzugskomitees der Rayon-, Stadt-, Stadtkreis-, Siedlungs-, Dorf- und Aulowsowjets der Volksdeputierten verhandelt. Die Hebung der Rolle und die Erweiterung der Kompetenz der administrativen Kommissionen stellt den örtlichen Sowjets und ihren Vollzugskomitees neue ernsthafte Aufgaben.

Der Entwurf des Gesetzbuches über administrative Rechtsverletzungen wurde in breiter demokratischer Grundlage unter Teilnahme von Rechtswissenschaftlern, der Rechtsschutzorgane der verschiedenen Ministerien und Ämter der Republik vorbereitet, deren praktische Tätigkeit mit dem Gebrauch der Gesetzgebung verbunden ist, welche administrative Verantwortung für Rechtsverletzungen festlegt. Er wurde im Vorfeld von interessierten Ministern, staatlichen Komitees, Ämtern und Vollzugskomitees der Gebietsowjets und des Alma-Atar Stadtsowjets der Volksdeputierten erörtert.

Vor den Werktätigen der Republik stehen große und ehrenvolle Aufgaben zur Realisierung der gewaltigen Pläne des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbaus, des Lebensmittels- und Energieprogramms und anderer Programme. In seiner Rede auf dem XII. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans über die Ergebnisse des außerordentlichen Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU und die Aufgaben der Parteiorganisation der Republik, die aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen G. A. Kunajew: „Man muß den Buchstaben und den Geist der Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU, jedem Kasachstanler nahe bringen.“

Die Annahme des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen wird die weitere Aktivierung des Kampfes gegen Rechtsverletzungen, die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, die Erfüllung der von der Partei gestellten Aufgaben fördern.

Über die Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Bericht des Sekretärs des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierten Ch. Ch. DEMESSINOW

Genossen Deputierten! Gemäß den Forderungen der Verfassung der Kasachischen SSR unterbreitet das Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Ihnen die in der Periode zwischen der siebten und der achten Tagung des Obersten Sowjets der Republik verabschiedeten Erlasse zur Bestätigung.

Zur sicheren Erhaltung und zum sparsamen Verbrauch von Kraft- und Schmierstoffen legte das Präsidium des Obersten Sowjets durch den Erlaß vom 13. März 1984 eine strafrechtliche Verfolgung für ungesetzliche Verfolgung von Benzin sowie anderen Kraft- und Schmierstoffen fest und ergänzte im Zusammenhang damit das Strafgesetzbuch der Kasachischen SSR durch einen neuen Artikel unter Nr. 166-3.

In Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der UdSSR wurde durch den Erlaß vom 13. März 1984 einige Änderungen terminologischen Charakters im Gesetz der Kasachischen SSR „Über Schutz und Nutzung der Gesetze und Kulturdenkmäler“ sowie im Artikel 29 des Gesetzbuches über Ehe und Familie der Kasachischen SSR vorgenommen, die die Erweisung materieller und anderer Vorteile durch die Eheleute präzisieren.

Zur Verbesserung der Arbeit der Gerichtsvollzieher und zur Erhöhung ihrer Verantwortung für die rechtliche und richtige Vollstreckung der Gerichtsurteile, Beschlüsse und Verordnungen wurde am 19. Januar 1984 ein Erlaß verabschiedet, der den Artikel 63 des Gesetzes über das Gerichtssystem der Kasachischen SSR durch die Bestimmung ergänzte, daß in den Rayon-(Stadt-)Sowjets der Kasachischen SSR mehr Gerichtsvollzieher eingestellt sind, einer von ihnen zum Obergerichtsvollzieher ernannt wird.

Am 28. Februar 1984 verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets die Erlasse über die Bestätigung der Kasachischen SSR Deputierten Ch. Ch. DEMESSINOW

schiedete das Präsidium des Obersten Sowjets die Erlasse über die Ernennung des Genossen Kasatschow, Viktor Tichonowitsch, zum Minister für Energie- und Elektrifizierung der Kasachischen SSR und über die Entlassung des Genossen Iwanow, Boris Petrowitsch, dieser Pflichten im Zusammenhang mit seinem Übergang in den Ruhestand aus Gesundheitsgründen.

Am 27. Januar 1984 wurde der Erlaß über die Bestätigung des Genossen Jegibajew, Kosal Alekulowitsch, als Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle der Kasachischen SSR verabschiedet.

In der vergangenen Periode hat das Präsidium des Obersten Sowjets einige Änderungen in der Zusammensetzung des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR vorgenommen.

Im Zusammenhang mit der Ernennung des Genossen Jelemsinow, Gailim Bashimowitsch, zum Staatsanwalt der Kasachischen SSR wurde er gemäß dem Erlaß vom 18. Januar 1984 seines Amtes als Vorsitzender des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR enthoben.

Gemäß den Erlassen vom 23. Januar und 13. Februar 1984 wurden die Genossen Petrowa, Nina Alexejewna, und Sorin, Leonid Wladimirowitsch, als Mitglieder des Obersten Gerichts der Kasachischen SSR gewählt und die Genossen Komissarowa, Antonina Wassiljewna, und Nikolajew, Nikolai Filippowitsch, im Zusammenhang mit ihrem Übergang in den Ruhestand dieser Pflichten entbunden.

Die Entwürfe des Gesetzes und der Verordnungen des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR über die Bestätigung der genannten Erlasse liegen Ihnen vor. Das Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR unterbreitet sie Ihnen zur Erörterung.

Zum Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen

Korreferat des Vorsitzenden der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR Deputierten S. K. DOSMAGAMBETOW

Genossen Deputierte! Die Kommunistische Partei und der Sowjetstaat realisieren konsequent den Kurs auf Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und Rechtsordnung, auf Entwicklung und Vervollkommnung der sowjetischen Gesetzgebung, auf Hebung der politischen Bewußtheit und Rechtskultur der Bevölkerung.

In seiner Rede auf dem Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU Genosse K. U. Tschernenko, in der letzten Zeit wurde die Partei durch neue Erfahrungen in der Leitung der sozialistischen Gesellschaft bereichert. Wir nutzen jetzt besser die Vorteile der sozialistischen Staatsordnung. Hierzu gehören zweifellos die Organisiertheit und Bewußtheit der Massen. Daher gilt unsere Aufmerksamkeit der Festigung von Ordnung und Disziplin.

Organisiertheit und Ordnung — das ist für uns eine grundlegende, eine prinzipielle Frage. Die Aufgaben der Parteiorganisation aller Werktätigen der Republik zur Realisierung der Hinweise des Genossen K. U. Tschernenko, der Thesen und Beschlüsse der Parteikonferenzen in seinen Reden auf dem Februarplenums des ZK der KPdSU und auf dem Wählerforum wurden vom Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans Genossen D. A. Kunajew im XII. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans und auf der Festitzung anlässlich des 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion im Vordergrund und allseitig beleuchtet.

Wie im ganzen Lande wird auch in unserer Republik ständige Sorge um die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, um den Schutz der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens, um die Erziehung der Menschen im Geiste bewusster Disziplin, strikter Befolgung der Normen und Regeln des sozialistischen Lebenswesens getragen. Zugleich gibt es bei uns noch Personen, die nicht arbeiten wollen, auf Kosten nichterarbeiteten Einkommens leben, die sich den sozialistischen Gemeinschaftslebenspflichten und verschiedenen Rechtsverletzungen begehen. Noch nicht ausreißend gewachsen, die gesellschaftswidrigen Erscheinungen wie Rowdytum, Trunksucht, Wilddeberlei, Verletzung der Handels- und Hygienevorschriften sowie anderer Forderungen der Gesetzgebung.

Der Ihnen zur Erörterung vorgelegte Entwurf des Gesetzbuches der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen soll zu konsequenter Vor-

beugung und Unterbindung solcher Rechtsverletzungen dienen. Die Aufgabe des Gesetzentwurfes besteht im Schutz der Gesellschaftsordnung der UdSSR, des sozialistischen Eigentums, der sozialökonomischen, politischen und persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürger sowie im Recht und legitimen Interessen der Betriebe, Dienststellen und Organisationen, der festgelegten Verwaltungsordnung, der Staats- und öffentlichen Ordnung, der Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen, Erziehung der Sowjetbürger im Geiste ehrlicher und strikter Befolgung der sowjetischen Gesetze und der gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten.

Von den Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepublik über administrative Rechtsverletzungen ausgehend sieht der Entwurf vor, daß hauptsächlich nur die höchsten Staatsmachtorgane der UdSSR und der Kasachischen SSR die rechtliche, administrative Verantwortung festzulegen.

Das Verfahren über administrative Rechtsverletzungen erfolgt auf der Grundlage der strikten Befolgung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit. Der Entwurf enthält eine prinzipielle Bestimmung darüber, daß niemand wegen einer administrativen Rechtsverletzung einer Strafbüchse unterworfen werden kann, außer auf der Grundlage der Gesetzgebung und in der von ihr festgelegten Ordnung.

Die Befolgung der Forderungen der Gesetzgebung bei Verhängung einer Strafe für administrative Rechtsverletzungen wird durch systematische Kontrolle seitens der übergeordneten Organe und Amtspersonen, durch die rechtliche, administrative Verantwortung des Beschwerderecht und andere gemäß der Gesetzgebung vorgesehene Mittel gewährleistet. Diese wichtigen Bestimmungen haben in einer Reihe von Artikeln des Gesetzbuches ihre Widerspiegelung gefunden.

Eine besondere Rolle im Kampf gegen Rechtsverletzungen kommt den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten zu. Auf dem Territorium der Befolgung der Gesetze, den Schutz der staatlichen und öffentlichen Ordnung und der Zivilrechte gewährleisten, die Arbeit aller staatlichen und gesellschaftlichen Organe zur Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen koordinieren.

Die Fälle der administrativen Rechtsverletzungen mit Ausnahme derer, die in der Kompetenz anderer Organe und Amtspersonen gehören, werden von den Ministerien und Ämtern eintrafen, erachtete es die Kommissionen der Volksdeputierten zum Fall und gegen die Entscheidung zur Beschwerde über administrative Rechtsverletzungen in gesetzlich festgelegter Form einlegen. Dabei stellt der Protest des Staatsanwalts die Vollstreckung des Strafurteils bis zur Verhandlung des Protestes ein.

Die allgemeinen Regeln der Verhängung einer Ordnungsstrafe sind im Entwurf festgelegt, orientiert der Entwurf zugleich auf ein streng individuelles Herangehen an die Wahl der Strafmaßnahme unter Berücksichtigung des Charakters der Rechtsverletzung, der Persönlichkeit des Verbrechens, des Grades seiner Schuld, seiner Einkommensverhältnisse und die die Verantwortung mildern und erschwerenden Umstände.

Eine der wichtigsten Richtungen der Kampfabarbeit gegen administrative Rechtsverletzungen ist die erzieherische, prophylaktische Arbeit. Der Kampf gegen Rechtsverletzungen darf nicht als die Aufgabe der Staatsorgane allein betrachtet werden. Das ist Sache der ganzen Öffentlichkeit. Der vom Minister der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen des Entwurfes gibt ein vollständiges Bild der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR wieder, ergänzt und entwickelt sie aber zugleich weiter, unter Berücksichtigung der in der Republik geltenden Gesetzgebung. Der Entwurf wurde im Laufe seiner Vorbereitung an verschiedenen Ministerien, Staatlichen Komitees, Ämtern und Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten zur Erörterung übergeben. Er wurde von den Kommissionen für Gesetzgebungsvorschläge des Obersten Sowjets der Republik erörtert und von ihm im großen und ganzen gebilligt. Unter Berücksichtigung der Vorschläge, die zum Entwurf von den Deputierten des Obersten Sowjets, von den Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, von einigen Ministern und Ämtern eintrafen, erachtete es die Kommissionen der Volksdeputierten zum Fall und gegen die Entscheidung zur Beschwerde über administrative Rechtsverletzungen in gesetzlich festgelegter Form einlegen. Dabei stellt der Protest des Staatsanwalts die Vollstreckung des Strafurteils bis zur Verhandlung des Protestes ein.

In der Diskussion zum Referat und Korreferat über das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen sprach als erster der Vorsitzende des Nordkasachstaner Gebietsvollzugskomitees Deputierter Er. Sagatbaev, daß die Tagung des Obersten Sowjets der Republik unter der nachhaltigen Einwirkung des Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen K. U. Tschernenko auf diesem Plenum und auf dem Wählerforum verläuft. Ein Großereignis war die Festitzung in Alma-Ata anlässlich des 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion.

Der Deputierte berichtete über das wachsende Entwicklungsstadium der Wirtschaft des Gebiets, über die umfangreiche Arbeit seiner Partei-, Staats- und Wirtschaftskomitees und stellte fest, daß die Erziehung der strikten Befolgung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, Achtung der in unserem Land geltenden Rechtsnormen durch alle Sowjetbürger eine der wichtigsten Grundlagen unserer Gesellschaft sind. Die Sowjets der Volksdeputierten er-

greifen Maßnahmen zur Vervollkommnung der Propaganda der sozialistischen Gesetze und der Rechtsverletzung der Bevölkerung.

Die absolute Mehrheit der Bürger der Republik ist gesetzlich einbezogen und beteiligt sich an der Festigung der Rechtsordnung, Rechtsverletzungen gibt es aber immer noch. Deshalb ist das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen eine aktuelle Frage. Es schafft Bedingungen für die weitere Beseitigung sämtlicher Rechtsverletzungen, die die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und der öffentlichen Ordnung in der Basis.

Die Bekämpfung administrativer Vergehen, sagte der Redner, darf man nicht lediglich auf die Bestrafung der Personen beschränken, die sie sich zuschulden kommen ließen. Deshalb ist es im Gesetzbuch vorgesehen, daß die Kasachischen gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitskollektive Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen, zur Ermittlung der Ursachen und Bedingungen erarbeiten und realisieren müssen, die diese begünstigen. Einzelne Vorschläge und Bemerkungen der Sowjetbürger zum Entwurf des Gesetzbuches des Präsidiums des Obersten Sowjets der Republik bei dessen Vorbereitung unterbreitet. Der Entwurf enthält wenig neue Bestimmungen.

Der Deputierte schlägt vor, das Gesetzbuch der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen zu bestätigen.

Am Rednerpult ist der Zweite Sekretär des Mangyschaker Gebietskomitees der Kommunistischen Partei Kasachistans Deputierter W. G. Sawtschenko, die Hebung der Organisiertheit und Disziplin an allen Abschnitten ist die wichtigste Reserve der Steigerung der Produktivität und Verbesserung der Arbeitsqualität, sagte er. Der Entwurf des Gesetzbuches entspricht dem Geist und den Prinzipien der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepublik über administrative Rechtsverletzungen. Es wird sichergestellt, daß die rechtliche Rolle bei der Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen und zur Verstärkung der Rechtsordnung spielen. In unserem Gebiet gibt es keine Verletzungen der öffentlichen Ordnung, der Verkehrsregeln und des Betriebs der Auto-transportmittel, des Gesetzes über Natur- und Umweltschutz, womit sich die örtlichen Sowjets nicht abfinden können.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Gesetzentwurf die Sorge um den Menschen, um die Erziehung der sozialistischen Staatsbürger, um die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit.

Es ist sehr wichtig, daß an der ersten Stelle der administrativen Materialien behandelnden Organe jetzt die Kollegialorgane stehen. Die administrativen Kommissionen und die Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen der Sowjets der Volksdeputierten.

Die Verabschiedung eines so wichtigen gesetzgebenden Dokuments ist zugleich eine ernste Warnung für diejenigen sein, die nachlässig arbeiten, die sich Abweichungen von den Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens zuschulden kommen lassen. Realisierung der Forderungen des neuen Gesetzbuches erlegt dem Deputierten große Verantwortung auf und erfordert, umfassender Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, die Sowjets der Volksdeputierten, die Rechtsschutzorgane und die Amtspersonen sind beizufolgen die Vorschriften der neuen Gesetzgebungsakte strikt zu befolgen, eine Festigung der Arbeitsdisziplin und der Rechtsordnung, die Hebung der Verantwortung für ihre Sache anzustreben.

Unter der Leitung der Gebietsparteiorganisation werden die örtlichen Sowjets die Erziehung der Bürger im Geiste einer strikten Einhaltung der sowjetischen Gesetze, der Achtung der Disziplin zu verstärken und sich noch beharrlicher für die Realisierung der Beschlüsse des XXVI. Parteitag des KPdSU, des Dezemberplenums (1983) und des Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU einsetzen.

Die Vervollkommnung der Gesetzgebung ist unlosbar mit der Verstärkung der Rechtsordnung und Gesetzmäßigkeit, der Staats- und Arbeitsdisziplin, mit dem Schutz der Rechte der Menschen verbunden. Der Entwurf des Minister des Innern der Kasachischen SSR, Deputierter A. G. Platow, sagte, daß die Hebung der Organisiertheit und Disziplin an allen Abschnitten ist die wichtigste Reserve der Steigerung der Produktivität und Verbesserung der Arbeitsqualität, sagte er. Der Entwurf des Gesetzbuches entspricht dem Geist und den Prinzipien der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepublik über administrative Rechtsverletzungen. Es wird sichergestellt, daß die rechtliche Rolle bei der Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen und zur Verstärkung der Rechtsordnung spielen. In unserem Gebiet gibt es keine Verletzungen der öffentlichen Ordnung, der Verkehrsregeln und des Betriebs der Auto-transportmittel, des Gesetzes über Natur- und Umweltschutz, womit sich die örtlichen Sowjets nicht abfinden können.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Gesetzentwurf die Sorge um den Menschen, um die Erziehung der sozialistischen Staatsbürger, um die Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit.

Es ist sehr wichtig, daß an der ersten Stelle der administrativen Materialien behandelnden Organe jetzt die Kollegialorgane stehen. Die administrativen Kommissionen und die Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen der Sowjets der Volksdeputierten.

Die Verabschiedung eines so wichtigen gesetzgebenden Dokuments ist zugleich eine ernste Warnung für diejenigen sein, die nachlässig arbeiten, die sich Abweichungen von den Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens zuschulden kommen lassen. Realisierung der Forderungen des neuen Gesetzbuches erlegt dem Deputierten große Verantwortung auf und erfordert, umfassender Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, die Sowjets der Volksdeputierten, die Rechtsschutzorgane und die Amtspersonen sind beizufolgen die Vorschriften der neuen Gesetzgebungsakte strikt zu befolgen, eine Festigung der Arbeitsdisziplin und der Rechtsordnung, die Hebung der Verantwortung für ihre Sache anzustreben.

Unter der Leitung der Gebietsparteiorganisation werden die örtlichen Sowjets die Erziehung der Bürger im Geiste einer strikten Einhaltung der sowjetischen Gesetze, der Achtung der Disziplin zu verstärken und sich noch beharrlicher für die Realisierung der Beschlüsse des XXVI. Parteitag des KPdSU, des Dezemberplenums (1983) und des Februarplenums (1984) des ZK der KPdSU einsetzen.

Die öffentliche Disziplin, die Gesetzmäßigkeit und Rechtsordnung, betonte der Redner, bilden die Basis für ein normales Leben der Gesellschaft. In seiner Rede auf der Festitzung anlässlich des 30. Jahrestags des Beginns der Neulandaktion hob das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachistans Genosse D. A. Kunajew besonders die Notwendigkeit hervor, den Kampf um die weitere Festigung der Organisiertheit, Ordnung und Disziplin zu verstärken.

Das Gesetzbuch über administrative Rechtsverletzungen der Kasachischen SSR über administrative Rechtsverletzungen wird zur Erziehung der Menschen im Geiste bewusster Disziplin, strikter Befolgung der Normen und Regeln des sozialistischen Lebenswesens beitragen.

Im Laufe der Erörterung des Entwurfes des Gesetzbuches wird auch der ganze Arbeit der Tagung des höchsten Staatsmachtorgans Kasachistans brachten die Deputierten die feste Entschlossenheit zum Ausdruck, sich noch enger um die teure Partei Lenins, um ihr Zentralkomitee, um das Politbüro der ZK der KPdSU und die hervorragenden Politiker und Staatsmänner Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen K. U. Tschernenko zu unterstützen. Im Namen der Arbeitskollektive versicherten die Redner, daß alles daran gesetzt werden wird, um die technisch-ökonomischen und kulturellen Aufgaben der Industrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der Ökonomie und Kultur weiter zu verbessern und die Aufgaben und die sozialistischen Verpflichtungen des vierten Jahrestags zu realisieren.

(KasTAG)

Aus aller Welt

Panorama

In den Bruderländern

Wirtschaftsintegration in Aktion

PRAG. Ein wichtiger Faktor der Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft ist die Integration der Republik in den gemeinsamen Energiemarkt und Rohstoffmarkt der EWG-Mitgliedstaaten.

Gegenwärtig beteiligt sich die Tschechoslowakei an Bau von vier solchen Objekten. Zwei davon werden bereits in diesem Jahr anlaufen. So liefern die Betriebe der Republik technologische Ausrüstungen und Kraftwagen für den Bau des Kernkraftwerks in Chmelnitzki in der

USSR. Es wird in einigen Monaten Energie liefern. 1983 werden seine jährlichen Energieleistungen 3,6 Milliarden Kilowattstunden erreichen. Das deckt etwa 5 Prozent der Bedürfnisse des Landes. Für den selbständigen Bau eines Wärmekraftwerks von einer gleichgroßen Kapazität wären immense Aufwendungen und Millionen Tonnen Braunkohle erforderlich gewesen.

Die Tschechoslowakei wird ebenfalls noch in diesem Jahr Gegenleistung für die technologischen Ausrüstungen Erzeugnisse aus der Fabrik für Futterheilmittel in Mosy beziehen, die von mehreren sozialistischen Ländern gebaut wird. Von gegenseitigen Vorteil wird auch das Kombinat für Nickelgewinnung und -bearbeitung auf Kuba sein, das von der Tschechoslowakei und anderen acht Ländern errichtet wird.

Im Zusammenwirken mit den RGW-Mitgliedstaaten entwickelt sich die Produktionsbasis im Lande selbst. So werden unter technischem Beistand der UdSSR im laufenden Planjahr etwa 30 Industriebetriebe gebaut und modernisiert.

Wohnungen für Millionen Menschen

BERLIN. Große Erfolge haben die Werktätigen der DDR im Wohnungsbau — dem Kernstück des sozialen Programms der SED — erzielt. Seit 1971 wurden in der Republik mehr als 2 Millionen Wohnungen gebaut. Somit konnten etwa 6 Millionen Bürger, deren jeder ein Wohnung der Republik, ihre Wohnverhältnisse verbessern.

In den vergangenen Jahren, schreibt die Zeitung „Neues Deutschland“, betrugen die Finanzierungen für die Errichtung, Rekonstruktion und Modernisierung des Wohnraums 210 Milliarden Mark. Diese Summe entspricht dem Umfang des jährlichen Nationaleinkommens der DDR im Jahre 1983.

Besonders beeindruckend sind die Leistungen der Bauarbeiter der DDR-Hauptstadt. Seit 1971 wurden in Berlin etwa 192.000 Wohnungen gebaut oder modernisiert, wofür 520.000 Quadratmeter ihre Wohnverhältnisse verbessert. Das Bauprogramm ist hier sehr hoch. Allein in den letzten drei Jahren wurden 62.000 Wohnungen schlüsselfertig.

In diesem Jahr wird das Wohnungsbauprogramm in der Republik im großen und ganzen in hohem Tempo realisiert. Der Volksrat hat sich verpflichtet, vor 200.000 Wohnungen zu bauen. Die neuen Wohnkomplexe werden von großen Baukombinaten errichtet. Dabei werden die Verträge mit den Bauunternehmen vervollständigt, sie werden immer effektiver und rationeller und ergeben einen größeren ökonomischen Nutzen. Das sind die Hauptaufgaben der Arbeiter der Kleinmechanisierung der Arbeit durch die Bauorganisationen, die Fließfertigung der für die Generalrenovierung alter Wohngebiete, die Verbesserung der Instandhaltung der Gebäude. In der Periode 1984 — 1990 werden weitere 4,3 Millionen Bürger neue oder modernisierte Wohnungen bekommen, was ein großer Erfolg der Fortschritte bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen der DDR sein wird.

Wohnungen für Millionen Menschen

BERLIN. Große Erfolge haben die Werktätigen der DDR im Wohnungsbau — dem Kernstück des sozialen Programms der SED — erzielt. Seit 1971 wurden in der Republik mehr als 2 Millionen Wohnungen gebaut. Somit konnten etwa 6 Millionen Bürger, deren jeder ein Wohnung der Republik, ihre Wohnverhältnisse verbessern.

In den vergangenen Jahren, schreibt die Zeitung „Neues Deutschland“, betrugen die Finanzierungen für die Errichtung, Rekonstruktion und Modernisierung des Wohnraums 210 Milliarden Mark. Diese Summe entspricht dem Umfang des jährlichen Nationaleinkommens der DDR im Jahre 1983.

Besonders beeindruckend sind die Leistungen der Bauarbeiter der DDR-Hauptstadt. Seit 1971 wurden in Berlin etwa 192.000 Wohnungen gebaut oder modernisiert, wofür 520.000 Quadratmeter ihre Wohnverhältnisse verbessert. Das Bauprogramm ist hier sehr hoch. Allein in den letzten drei Jahren wurden 62.000 Wohnungen schlüsselfertig.

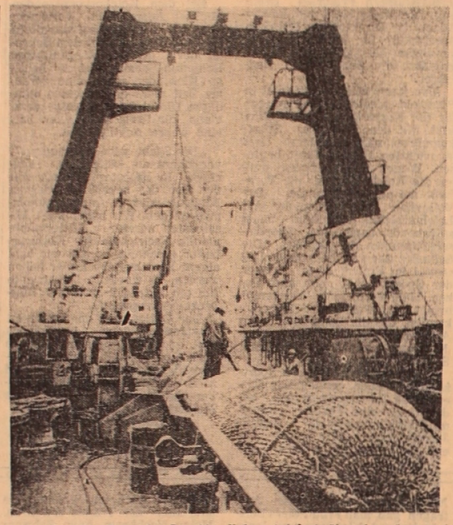
In diesem Jahr wird das Wohnungsbauprogramm in der Republik im großen und ganzen in hohem Tempo realisiert. Der Volksrat hat sich verpflichtet, vor 200.000 Wohnungen zu bauen. Die neuen Wohnkomplexe werden von großen Baukombinaten errichtet. Dabei werden die Verträge mit den Bauunternehmen vervollständigt, sie werden immer effektiver und rationeller und ergeben einen größeren ökonomischen Nutzen. Das sind die Hauptaufgaben der Arbeiter der Kleinmechanisierung der Arbeit durch die Bauorganisationen, die Fließfertigung der für die Generalrenovierung alter Wohngebiete, die Verbesserung der Instandhaltung der Gebäude. In der Periode 1984 — 1990 werden weitere 4,3 Millionen Bürger neue oder modernisierte Wohnungen bekommen, was ein großer Erfolg der Fortschritte bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen der DDR sein wird.

Jubiläum eines führenden Betriebs

BUDAPEST. Vor 30 Jahren wurde im Donau-Kombinat das erste Gußeisen gewonnen. In den 30 Jahren seit der ersten Schmelze hatte das Kollektiv des führenden Betriebs der ungarischen Stahlindustrie der Volkswirtschaft 18 Millionen Tonnen Stahl geliefert.

Das Kombinat an der Donau entstand unter technischer Hilfe der Sowjetunion. Zur Zeit wird hier mit Hilfe sowjetischer Spezialisten die Koksbläse mit einer Jahresleistung von 1 Million Tonnen gebaut. Bis Ende des laufenden Jahres können die Mitarbeiter an die Ausstattung dieses wichtigen Objekts mit Geräten und Ausrüstungen gehen.

Die Errichtung neuer Produktionskapazitäten im Donau-Hüttenkombinat ist ein Bestandteil des Entwicklungsprogramms des ungarischen Hüttenwesens bis zum Jahre 1990. Dieses Programm sieht eine enge Zusammenarbeit der Ungarn mit der Sowjetunion und den RGW-Ländern, hauptsächlich mit der Sowjetunion vor. Die ungarischen Hüttenwerke wenden weitgehend die neuesten Technologien an. Die Spezialisten der Länder der sozialistischen Gemeinschaft entwickelt worden ist.



Die Fischfangflotte der Republik Kuba wird fortwährend ergänzt und modernisiert. Hier stehen Schiffe mit modernen Ausrüstungen zur Verfügung. Die Fischerei wird durch die ständige Versorgung der Bevölkerung mit frischen Fischorganismen. Die „Meeresgaben“ werden auch von vielen ausländischen Firmen gern gekauft. In Bild: Ein Fischereischiff beim Löschen. Foto: TASS

Protest an die Regierung der USA

Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und für Außenwärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, hat am 21. März dem zeitweiligen Geschäftsträger der USA in der UdSSR eine Note der Regierung der UdSSR überreicht. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes:

Am 20. März dieses Jahres ist das sowjetische Tankschiff „Luznitskiy“ beim Anlaufen des nikaraguanischen Hafens Sandino auf eine Mine gelaufen und beschädigt worden. Unter der Schiffsbesatzung gibt es Verletzte.

Die sowjetische Regierung erlegt der Regierung der USA die Verantwortung für dieses schwere Verbrechen auf. Mas an Akt des Raub und der Piraterie ist.

Es ist allgemein bekannt — und das wird selbst von der

Administration der USA nicht verheimlicht —, daß sich die Vereinigten Staaten offen in die Angelegenheiten souveräner Staaten Mittelamerikas einmischen und einen unerklärten Krieg gegen Nicaragua führen. Offizielle USA-Behörden finanzieren, bilden aus und bewaffnen Banden von Soldaten und Terroristen, die in nikaraguanisches Gebiet eindringen. Raub treiben, Gewalt anwenden und friedliche Einwohner töten. Es ist auch bekannt, daß die genannten Gruppen Vertreter amerikanischer Sonderdienste angehören. Somit betreiben die Vereinigten Staaten praktisch eine Politik des staatlichen Terrorismus.

Ein neuer und äußerst gefährlicher Ausdruck dieser Politik sind Handlungen geworden, die gegen ausländische Schiffe gerichtet sind, die kommerzielle Fahrten nach Nicaragua oder in der Nähe seiner Küste unternehmen. In weiten Seebereichen vor Nicaragua und in seinen Territorialgewässern und sogar in den Meilen gelegte und andere Sprengkörper angebracht, auf die

bereits mehrere ausländische Schiffe gelaufen sind. Handelschiffe werden überfallen, die Küste auf nikaraguanische Häfen halten.

Charakter und Ausmaß dieser verbrecherischen Operationen lassen keinen Zweifel darüber übrig, daß sie unter unmittelbarer Beteiligung der Behörden und Personen verübt werden, die der Kontrolle der USA-Regierung unterliegen sind, die sich somit direkt einer Verletzung der Freiheit der Schifffahrt, eines der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, schuldig gemacht haben.

Alle diese rechtswidrigen Handlungen der USA schaffen eine gefährliche Situation und können nicht toleriert werden. Sie zeigen auch, was die Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sichert. Auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der CSSR und der UdSSR hin werden auf dem Territorium der Tschechoslowakei Raketenkomplexe operativ-taktischer Zweckbestimmung stationiert.

Trotzdem bleiben die aktuellen Friedensinitiativen der sozialistischen Länder völlig aktuell, die vorschlagen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Stärke und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Ländern abzuschließen und ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot chemischer und kosmischer Waffen,

die Sowjetunion verurteilt auf entschiedenste die von den Vereinigten Staaten betriebene Politik der Terror, Willkür und Einmischung in die Angelegenheiten der souveränen unabhängigen Staaten, die mit den allgemein geltenden Normen von Recht und Moral unvereinbar ist und den Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet, und fordert deren Einstellung.

Die Regierung der UdSSR legt die Politik der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem verbrecherischen Akt gegen das sowjetische Schiff „Luznitskiy“ entschieden Protest ein und weist während darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die ganze Verantwortung für jene Folgen tragen werden, die sich aus der Fortsetzung solcher Handlungen ergeben.

Die Regierung der UdSSR behält sich das Recht vor, die Auszahlung von Entschädigung an die betroffenen Sowjetbürger und die Wiedergutmachung des am Eigentum der UdSSR entstandenen Schadens zu verlangen.

Neuer Plan verabschiedet

Der Plan für sozialökonomische Entwicklung und der Staatshaushaltsplan für das neue afghanische Jahr (März 1984 — März 1985) ist auf der in Kabul abgehaltenen Tagung des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan angenommen worden.

Der Vorsitzende des Ministerrats der Demokratischen Republik Afghanistan, Sultan Muhammad Karzai, hat auf der Tagung berichtet, betonte, daß sich die wichtigsten Kennziffern der Volkswirtschaft des Landes im Vergleich mit der vorrevolutionären Zeit verbessert haben. Die Pläne für die industrielle Entwicklung sind erfüllt und in einigen Zweigen sogar überboten worden. Das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion ist gestiegen.

Das Bruttonationaleinkommen und das Nationaleinkommen sind im vergangenen Jahr gegenüber dem Jahr, in dem die Revolution vollbracht wurde, entsprechend um 6,0 und 6,3 Prozent gewachsen. Die landwirtschaftliche Produktion ist im gleichen Zeitraum um 7,1 Prozent gestiegen.

Wie der Berichterstatter weiter ausführte, ist für das kommende Jahr eine weitere Vergrößerung des Bruttonationaleinkommens und des Nationaleinkommens geplant. Der Plan sieht umfassende Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, zur Gewährleistung der ununterbrochenen sozialökonomischen Entwicklung sowie zur Festigung der Verteidigungskraft von Afghanistan vor.

Tagung der Föderalen Versammlung der CSSR

Die Föderalen Versammlung der CSSR ist am 18. März in Prag eröffnet worden. Die Tagung wird bis zum 22. März dauern. Die Teilnehmer sind die Abgeordneten der Föderalen Versammlung der CSSR, An ihrer Arbeit nehmen der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsident der CSSR Gustav Husak und andere führende tschechoslowakische Repräsentanten teil.

Die internationale Situation hat sich im letzten Jahr infolge der Verschärfung der Aggressionen der reaktionären Kräfte des Imperialismus erheblich verschlechtert und bleibt weiterhin kompliziert. Unter Strougal weiter. „Eine besonders gefährliche Situation hat sich in Europa herausgebildet, wo neue amerikanische nukleare Erstschlagsraketen in Stellung gebracht werden, in dieser Situation ist es unvermeidlich geworden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die den Schutz unserer sozialistischen Heimat und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sichern.“ Auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der CSSR und der UdSSR hin werden auf dem Territorium der Tschechoslowakei Raketenkomplexe operativ-taktischer Zweckbestimmung stationiert.

Trotzdem bleiben die aktuellen Friedensinitiativen der sozialistischen Länder völlig aktuell, die vorschlagen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Stärke und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Ländern abzuschließen und ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot chemischer und kosmischer Waffen,

Tagung der Föderalen Versammlung der CSSR

Die Föderalen Versammlung der CSSR ist am 18. März in Prag eröffnet worden. Die Tagung wird bis zum 22. März dauern. Die Teilnehmer sind die Abgeordneten der Föderalen Versammlung der CSSR, An ihrer Arbeit nehmen der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsident der CSSR Gustav Husak und andere führende tschechoslowakische Repräsentanten teil.

Die internationale Situation hat sich im letzten Jahr infolge der Verschärfung der Aggressionen der reaktionären Kräfte des Imperialismus erheblich verschlechtert und bleibt weiterhin kompliziert. Unter Strougal weiter. „Eine besonders gefährliche Situation hat sich in Europa herausgebildet, wo neue amerikanische nukleare Erstschlagsraketen in Stellung gebracht werden, in dieser Situation ist es unvermeidlich geworden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die den Schutz unserer sozialistischen Heimat und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sichern.“ Auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der CSSR und der UdSSR hin werden auf dem Territorium der Tschechoslowakei Raketenkomplexe operativ-taktischer Zweckbestimmung stationiert.

Trotzdem bleiben die aktuellen Friedensinitiativen der sozialistischen Länder völlig aktuell, die vorschlagen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Stärke und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Ländern abzuschließen und ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot chemischer und kosmischer Waffen,

Tagung der Föderalen Versammlung der CSSR

Die Föderalen Versammlung der CSSR ist am 18. März in Prag eröffnet worden. Die Tagung wird bis zum 22. März dauern. Die Teilnehmer sind die Abgeordneten der Föderalen Versammlung der CSSR, An ihrer Arbeit nehmen der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsident der CSSR Gustav Husak und andere führende tschechoslowakische Repräsentanten teil.

Die internationale Situation hat sich im letzten Jahr infolge der Verschärfung der Aggressionen der reaktionären Kräfte des Imperialismus erheblich verschlechtert und bleibt weiterhin kompliziert. Unter Strougal weiter. „Eine besonders gefährliche Situation hat sich in Europa herausgebildet, wo neue amerikanische nukleare Erstschlagsraketen in Stellung gebracht werden, in dieser Situation ist es unvermeidlich geworden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die den Schutz unserer sozialistischen Heimat und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sichern.“ Auf eine Vereinbarung zwischen den Regierungen der CSSR und der UdSSR hin werden auf dem Territorium der Tschechoslowakei Raketenkomplexe operativ-taktischer Zweckbestimmung stationiert.

Trotzdem bleiben die aktuellen Friedensinitiativen der sozialistischen Länder völlig aktuell, die vorschlagen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Stärke und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Ländern abzuschließen und ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot chemischer und kosmischer Waffen,

Die zügellose Propaganda

Die amerikanische Fernsehstation ABC hat ein neues Programm übertragen, das dem Zweck diene, zu zeigen, daß die USA bereit sind, einen Kernkriegschlag gegen Ziele in der Sowjetunion zu führen. Die Fernsehprogramme dieser Art, die im ganzen Land empfangen werden, sind kein zufällige Episode in der Tätigkeit der amerikanischen Massenmedien. Sie sind Teil der vom Militär-Industrie-Komplex der USA organisierten Kampagne der Manipulierung der öffentlichen Meinung, die sie durch das Vorführen der Militärstärke des Pentagon hypotisieren und auf diese Weise dem Militärkürsel freie Hand für nukleare Abenteuer lassen soll.

Die zügellose Propaganda des Kernwaffenkrieges gehört als Bestandteil zur Politik der gegenwärtigen USA-Administration, die nicht nur die Zulässigkeit und die moralische Motivierung eines nuklearen Konflikts, sondern auch die Unmöglichkeit des amerikanischen Sieges in diesem Krieg propagiert.

Außer dem Fernsehen beschäftigen sich auch solide amerikanische Zeitschriften ausführlich mit möglichen nuklearen Schicksalen. So ist in der Wochenschrift „U. S. News and World Report“ ein Artikel erschienen, der von Bildern a la Hollywood von möglichen Duellen amerikanischer und sowjetischer Atom-U-Boote unter dem Polareis nur so strotzen. Der amerikanische Öffentlichkeit ist wird fortwährend der Gedanke suggeriert, daß man in einem atomareren Banker jeden Kernwaffenkrieg überdauern kann. Das bedeutet aber, daß für die Amerikaner ein Kernwaffenkrieg nicht so schrecklich ist, wie er von „Laien“ dargestellt wird.

Die USA-Regierung geht davon aus, daß ein nuklearer Konflikt irgendwo außerhalb der Grenzen der USA ausbricht, so in Europa. Davon zeugt nicht nur die berüchtigte Doktrin Reagans von einem „begrenzten Kernwaffenkrieg“ und die Philosophie des Verteidigungsministers Weinberger, daß die USA imstande sein müssen, einen längeren Kernwaffenkrieg praktisch auf allen Kontinenten zu führen. Das alles zusammengekommen bildet ein geschlossenes System der Vorbereitung zu einem Kernwaffenkrieg, beginnend mit seiner Propaganda bis zu den modernsten technischen Mitteln der Kriegführung. Damit hat aber die Sache noch nicht ihr Bewenden. Die Zeitschrift der amerikanischen Streitkräfte „Military Review“ analysiert die neue Feldleitvorschrift der USA-Landstreitkräfte und entdeckt, daß sie eine Doktrin enthält, die nicht nur die Möglichkeit des Erstanzuges von Kernwaffen durch die USA, sondern auch die Möglichkeit des Beginns des Krieges durch den Einsatz von Kernwaffen vorsieht.

Gleichzeitig sind die Führer der USA und der NATO in jeder Weise bemüht, die Gefahr zu verschleiern, die Aussicht eines amerikanischen Kernkriegs sowohl für die USA als auch für ihre Verbündeten in sich birgt.

Die nuklearen Vorbereitungen des amerikanischen und des NATO-Militärkürsels stellen für alle Länder der Welt die ganze Menschheit eine riesige Gefahr dar.

Die Sowjetunion sieht ihr wichtigstes außenpolitisches Ziel darin, einen für die Zivilisation verhängnisvollen nuklearen Konflikt abzuwenden, die Propaganda eines „begrenzten“ oder eines „längeren“ eines lokalen oder eines globalen Kernkriegs zu verbieten. Die Sowjetunion ist ihrerseits schon heute bereit, praktische Schritte zur Begrenzung und Reduzierung nuklearer Aufrüstungen in Richtung auf Beseitigung zu tun. Das Wort haben Washington und seine NATO-Verbündeten.

Leonid PONOMARJOW

Appell der Sozialistischen Internationale

Ein Appell der Teilnehmer der Sozialistischen Internationale an die Staatschefs der Teilnehmerländer der Stockholm-Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ist in der schwedischen Hauptstadt veröffentlicht worden.

In dem von den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Willy Brandt und anderen führenden Repräsentanten der Sozialistischen Internationale unterzeichneten Dokument wird auf „eine dramatische Verschlechterung der gegenwärtigen internationalen Situation verwiesen. Das hemmungslose Wettrennen der Zukunftsspektiven. Es besteht die reale Gefahr dafür, daß die Rüstungsexplosion jeder Kontrolle entgleite.“

Wie die Verfasser des Appells betonen, eröffnet neue Perspektiven für die Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen und für Beseitigung des Risikos einer militärischen Konfrontation in Europa die Stockholm-Konferenz. „Diese Möglichkeit muß voll und ganz für einen Dialog und für die Ausarbeitung von gemeinsamen sowie gegenseitig akzeptablen und politisch obligatorischen vertrauensbildenden Maßnahmen ausgeschöpft werden. Die gefährliche Spirale für die Eskalation des nuklearen Wett-

Appell der Sozialistischen Internationale

Ein Appell der Teilnehmer der Sozialistischen Internationale an die Staatschefs der Teilnehmerländer der Stockholm-Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ist in der schwedischen Hauptstadt veröffentlicht worden.

In dem von den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Willy Brandt und anderen führenden Repräsentanten der Sozialistischen Internationale unterzeichneten Dokument wird auf „eine dramatische Verschlechterung der gegenwärtigen internationalen Situation verwiesen. Das hemmungslose Wettrennen der Zukunftsspektiven. Es besteht die reale Gefahr dafür, daß die Rüstungsexplosion jeder Kontrolle entgleite.“

Wie die Verfasser des Appells betonen, eröffnet neue Perspektiven für die Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen und für Beseitigung des Risikos einer militärischen Konfrontation in Europa die Stockholm-Konferenz. „Diese Möglichkeit muß voll und ganz für einen Dialog und für die Ausarbeitung von gemeinsamen sowie gegenseitig akzeptablen und politisch obligatorischen vertrauensbildenden Maßnahmen ausgeschöpft werden. Die gefährliche Spirale für die Eskalation des nuklearen Wett-

Vorrangige Aufgabe

Der Rechtsunterausschuß des UNO-Ausschusses für friedliche Nutzung des Weltraums hat in Genf seine Arbeit aufgenommen. Der Unterausschuß soll Rechtsprinzipien ausarbeiten, die mit der Fernerkundung der Erde und dem Weltraum zusammenhängen. Außerdem befaßt er sich mit Problemen der Abgrenzung zwischen dem Luft- und dem Weltraum und der Festlegung des Rechtsstatus geostationärer Umfahnen.

Die Teilnehmer des Unterausschusses wissen auf die tiefe Besorgnis hin, die von der XXXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Rüstungswettlaufs auf den Weltraum zum Ausdruck gebracht worden war. Diese Gefahr stellt der Weltgemeinschaft eine vorrangige Aufgabe: zuverlässige Schranken, darunter auch rechtliche, gegen die Pläne der Aggressoren zu errichten, den Weltraum in eine Arena des nuklearen Rüstungswettlaufs und bewaffneter Konflikte zu verwandeln. Diesen Kurs auf Realisierung eines großangelegten Programms zur Militärisierung des Weltraums nahm offen die Reagan-Administration.

Denkschrift des Außenministeriums

Litwen hat die Einberufung des UNO-Sicherheitsrats gefordert, die Situation zu erörtern, die infolge von Drohungen an die Adresse dieses Landes seitens der Vereinigten Staaten entstanden ist.

In einer Denkschrift des litauischen Außenministeriums heißt es, daß die Entsendung amerikanischer AWACS-Flugzeuge und eines Geschwaders von Jagdmaschinen nach Ägypten eine Vorbereitung zu einer direkten Aggression der Vereinigten Staaten gegen Litwen bedeutet. Ein derartiges Vorgehen Washingtons sei eine massive Verletzung der UNO-Charta und es besteht eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit im Nahen Osten und in der ganzen Welt.

In der Denkschrift des litauischen Außenministeriums heißt es ferner, daß die Bombardierung des Vororts der sudanesischen Hauptstadt Omdurman sowie die Versuche, Litwen die Schuld dafür aufzuwälzen, nicht anders als ein von langer Hand vorbereitetes Spektakel bedeuten, das als Vorwand für die Verlegung amerikanischer Truppen in diese Region dienen soll.

Neutralitätskurs bekräftigt

Der schwedische Außenminister Lenaart Bodström hat den Neutralitätskurs Schwedens und seinen Wunsch bekräftigt, zur Festigung des Friedens und zur Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges aktiv beizutragen.

In einer außenpolitischen Regierungserklärung vor dem Parlament verlor er darauf, daß die Linie der Neutralität im Dienste der Sicherheit und der Weltfriedenspolitik weitgehend unterstützt wird. Es dürfe bei niemandem ein Zweifel daran bestehen, daß Schweden auch künftig entschlossen ist, diese Linie konsequent zu verfolgen.

Die schwedische Regierung sei gewillt, auch weiter mit dem Ziel zu wirken, eine kernwaffenfreie Zone im Norden Europas zu schaffen. Die Durchsetzung dieser Idee werde zur Entspannung und zur Festigung der Sicherheit sowohl im europäischen Norden als auch auf dem ganzen Kontinent beitragen. Schweden trete auch dafür ein, daß in Europa eine Zone geschaffen wird, die von Gefechtsfeldern freibleibe.

Gegenwärtig sei in der Welt ein anbahnendes Gleichgewicht der nuklearen Arsenale entstanden, was als Ausgangspunkt für das Einfließen von Kernwaffen dienen muß. Schweden habe sich in der Organisation der Vereinten Nationen für das Verbot der Erprobung der Produktion und der weiteren Stationierung der Kernrüstungen eingesetzt. Der Minister sprach sich gegen eine

Neutralitätskurs bekräftigt

Der schwedische Außenminister Lenaart Bodström hat den Neutralitätskurs Schwedens und seinen Wunsch bekräftigt, zur Festigung des Friedens und zur Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges aktiv beizutragen.

In einer außenpolitischen Regierungserklärung vor dem Parlament verlor er darauf, daß die Linie der Neutralität im Dienste der Sicherheit und der Weltfriedenspolitik weitgehend unterstützt wird. Es dürfe bei niemandem ein Zweifel daran bestehen, daß Schweden auch künftig entschlossen ist, diese Linie konsequent zu verfolgen.

Die schwedische Regierung sei gewillt, auch weiter mit dem Ziel zu wirken, eine kernwaffenfreie Zone im Norden Europas zu schaffen. Die Durchsetzung dieser Idee werde zur Entspannung und zur Festigung der Sicherheit sowohl im europäischen Norden als auch auf dem ganzen Kontinent beitragen. Schweden trete auch dafür ein, daß in Europa eine Zone geschaffen wird, die von Gefechtsfeldern freibleibe.

Gegenwärtig sei in der Welt ein anbahnendes Gleichgewicht der nuklearen Arsenale entstanden, was als Ausgangspunkt für das Einfließen von Kernwaffen dienen muß. Schweden habe sich in der Organisation der Vereinten Nationen für das Verbot der Erprobung der Produktion und der weiteren Stationierung der Kernrüstungen eingesetzt. Der Minister sprach sich gegen eine

Neutralitätskurs bekräftigt

Der schwedische Außenminister Lenaart Bodström hat den Neutralitätskurs Schwedens und seinen Wunsch bekräftigt, zur Festigung des Friedens und zur Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges aktiv beizutragen.

In einer außenpolitischen Regierungserklärung vor dem Parlament verlor er darauf, daß die Linie der Neutralität im Dienste der Sicherheit und der Weltfriedenspolitik weitgehend unterstützt wird. Es dürfe bei niemandem ein Zweifel daran bestehen, daß Schweden auch künftig entschlossen ist, diese Linie konsequent zu verfolgen.

Die schwedische Regierung sei gewillt, auch weiter mit dem Ziel zu wirken, eine kernwaffenfreie Zone im Norden Europas zu schaffen. Die Durchsetzung dieser Idee werde zur Entspannung und zur Festigung der Sicherheit sowohl im europäischen Norden als auch auf dem ganzen Kontinent beitragen. Schweden trete auch dafür ein, daß in Europa eine Zone geschaffen wird, die von Gefechtsfeldern freibleibe.

Gegenwärtig sei in der Welt ein anbahnendes Gleichgewicht der nuklearen Arsenale entstanden, was als Ausgangspunkt für das Einfließen von Kernwaffen dienen muß. Schweden habe sich in der Organisation der Vereinten Nationen für das Verbot der Erprobung der Produktion und der weiteren Stationierung der Kernrüstungen eingesetzt. Der Minister sprach sich gegen eine

Neutralitätskurs bekräftigt

Der schwedische Außenminister Lenaart Bodström hat den Neutralitätskurs Schwedens und seinen Wunsch bekräftigt, zur Festigung des Friedens und zur Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges aktiv beizutragen.

In einer außenpolitischen Regierungserklärung vor dem Parlament verlor er darauf, daß die Linie der Neutralität im Dienste der Sicherheit und der Weltfriedenspolitik weitgehend unterstützt wird. Es dürfe bei niemandem ein Zweifel daran bestehen, daß Schweden auch künftig entschlossen ist, diese Linie konsequent zu verfolgen.

Die schwedische Regierung sei gewillt, auch weiter mit dem Ziel zu wirken, eine kernwaffenfreie Zone im Norden Europas zu schaffen. Die Durchsetzung dieser Idee werde zur Entspannung und zur Festigung der Sicherheit sowohl im europäischen Norden als auch auf dem ganzen Kontinent beitragen. Schweden trete auch dafür ein, daß in Europa eine Zone geschaffen wird, die von Gefechtsfeldern freibleibe.

Gegenwärtig sei in der Welt ein anbahnendes Gleichgewicht der nuklearen Arsenale entstanden, was als Ausgangspunkt für das Einfließen von Kernwaffen dienen muß. Schweden habe sich in der Organisation der Vereinten Nationen für das Verbot der Erprobung der Produktion und der weiteren Stationierung der Kernrüstungen eingesetzt. Der Minister sprach sich gegen eine

Wichtige Frage im Blickpunkt

Der Kampf für die Schaffung einer neuen internationalen Informationsordnung wird den Hauptpunkt der Tagungsordnung auf der Jahresstagung des UNO-Informationsausschusses bilden, die im Juni stattfindet. Das wurde auf einer Sitzung des Ausschusses beschlossen, die Verfahrensfragen galt.

Die Tagesordnung des Forums beruht auf einer Resolution der XXXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung, in der hervorgehoben wird, alle Staaten sollten bei der Herstellung einer neuen gerechten Ordnung auf dem Informationsgebiet zusammenarbeiten.

Wichtige Frage im Blickpunkt

Der Kampf für die Schaffung einer neuen internationalen Informationsordnung wird den Hauptpunkt der Tagungsordnung auf der Jahresstagung des UNO-Informationsausschusses bilden, die im Juni stattfindet. Das wurde auf einer Sitzung des Ausschusses beschlossen, die Verfahrensfragen galt.

Die Tagesordnung des Forums beruht auf einer Resolution der XXXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung, in der hervorgehoben wird, alle Staaten sollten bei der Herstellung einer neuen gerechten Ordnung auf dem Informationsgebiet zusammenarbeiten.

Wichtige Frage im Blickpunkt

Der Kampf für die Schaffung einer neuen internationalen Informationsordnung wird den Hauptpunkt der Tagungsordnung auf der Jahresstagung des UNO-Informationsausschusses bilden, die im Juni stattfindet. Das wurde auf einer Sitzung des Ausschusses beschlossen, die Verfahrensfragen galt.

Die Tagesordnung des Forums beruht auf einer Resolution der XXXVIII. Tagung der UNO-Vollversammlung, in der hervorgehoben wird, alle Staaten sollten bei der Herstellung einer neuen gerechten Ordnung auf dem Informationsgebiet zusammenarbeiten.

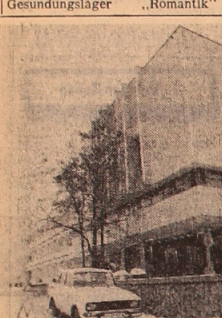
Körperlultur ohne Ferien

Hüttenwerker pflegen Sport

In der Erholungsstätte der Hüttenwerker des Kasachstaner Magnitkas...

durchgeführt. Das Bemühen der Leiter der Gewerkschaftskomitees...

Die Aktivitäten des Sportklubs „Bulat“ veranstalten ein Seminar...



Während ihrer Freizeit machen sich die Seminarteilnehmer mit Touristenobjekten in der mährischen Umgebung von Karkaralinsk bekannt.

ten sich die Seminarteilnehmer mit Touristenobjekten in der mährischen Umgebung von Karkaralinsk bekannt.

Die in diesem Seminar erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten kamen den Aktivisten bei der Durchführung des GTO-Mehrkampfes sehr zusetzen.

Die Leiter des Kasachstaners Magnitkas betrachten den Sport als einen der ehrenvollsten Bereiche der Erziehung, ohne die man in der Produktionstätigkeit schwerlich mit Erfolg rechnen kann.

Enggässe im Kulturleben

Im Dorf Peterfeld wohnen arbeitsame Menschen, die ihren Kolchos „XXII. Parteitag der KPdSU“ zu einer Musterwirtschaft ausgebaut haben.

Nach getaner Arbeit ist gut ruhen, sagt man im Volke. Die gute Erholung will aber auch organisiert sein.

Man kann es dem Mann nicht überlassen, er tut sein Bestes, im Sport und in der Freizeit maximal für die Kultur zu tun.

sogar einen Volleyballpreis zu Ehren des Landmannes, Helden der Sozialistischen Arbeit Christin Schwarz gestiftet.

Man kann nicht sagen, daß in Peterfeld ideale Bedingungen für die Körperkultur geschaffen sind.

Wenn wir mal unseren Sportkomplex haben, wollen wir vorerst eine Schwimmgruppe bilden.

Die Körperkultur hat sich in Peterfeld gut verwurzelt, was man jedoch nicht von anderen Arten der Freizeitgestaltung sagen darf.

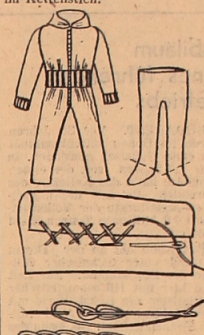
Der Optimismus der Leiter ist verständlich, denn in Kolchos gibt es viele Enthusiasten, die gern ihre Freizeit der Laienkunst widmen möchten.

Valentine TEICHRIEB, Korrespondent der „Freundschaft“

Praktische Winke

Kinderkleidung wächst mit

Of! lohnt es nicht, noch am Ende eines Winters zu klein gewordene Kindersachen durch neue zu ersetzen.



Auf die gleiche Weise kann man zu kurz gewordene Overalls verlängern.

Vortreffliches Geschenk

ALMA-ATA. Die Bauleute der Hauptstadt Kasachstans haben den Veteranen der Arbeit und des Großen Vaterländischen Krieges ein vortreffliches Geschenk gemacht.

Die bürgerlichen ideologischen Organe der Bundesrepublik Deutschland sind bestrebt, einen bestimmten Teil der in der UdSSR lebenden deutschen Bevölkerung mit allen Mitteln von den angeblichen Vorzügen und Reizen der freien Welt und vom soz. Leben in der BRD zu überzeugen.

Die in der BRD einzelnt im Zuge der „Familienzusammenführung“ Ausreisenden hatten sich ein paradiesisches Leben im Westen erhofft, fanden aber statt dessen Arbeits- und Rechtslosigkeit.

Die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Territorium eines Landes verwandelt selbige in ein Gefängnis.

Die westdeutsche Presse bringt für die Werktätigen der BRD die schlimmsten Prognosen.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im Jahre 1963 gegenüber 1962 gestiegen.

Die Mietpreise im Vorjahr haben sich im Durchschnitt verdoppelt.

Allein in den letzten Monaten sind 80.000 Familien in der BRD wegen übermäßiger Mietpreise obdachlos geworden.

wirklich freien Land aufgewachsenen Menschen sich in der BRD wie Fische auf dem Trockenen fühlen.

Während des vergangenen Krieges sind zahlreiche Familien getrennt worden.

Die Tochter von W. Paschchenko aus Kustana - Valentine Lanzner - und ihr Mann sind in die BRD ausgewandert.

W. Fischer aus dem Dorf Taranowskoje, Gebiet Kustana, zeigte mir einen Brief von ihrer Cousine Irene, die 1961 mit ihrer Familie auf Drängen ihrer Mutter in die BRD ausgewandert ist.

brockt haben, wünsche ich niemandem. Ich weiß nicht, was sich unsere Mutter dachte, als sie uns hierhin verschleppt hat.

Die Tochter von W. Paschchenko aus Kustana - Valentine Lanzner - und ihr Mann sind in die BRD ausgewandert.

Als harte Fremde entpuppte sich das gelobte „Vaterland“ auch für Maria Peters, die neun Jahre in der BRD verbracht hat.

W. Fischer aus dem Dorf Taranowskoje, Gebiet Kustana, zeigte mir einen Brief von ihrer Cousine Irene, die 1961 mit ihrer Familie auf Drängen ihrer Mutter in die BRD ausgewandert ist.

Nach langem ermüdendem Ausfragen gab man Frau Peters Betwäsche und Kleidung und sagte, sie hätte sie nicht gebraucht.

Die Tochter von W. Paschchenko aus Kustana - Valentine Lanzner - und ihr Mann sind in die BRD ausgewandert.

Als harte Fremde entpuppte sich das gelobte „Vaterland“ auch für Maria Peters, die neun Jahre in der BRD verbracht hat.

W. Fischer aus dem Dorf Taranowskoje, Gebiet Kustana, zeigte mir einen Brief von ihrer Cousine Irene, die 1961 mit ihrer Familie auf Drängen ihrer Mutter in die BRD ausgewandert ist.

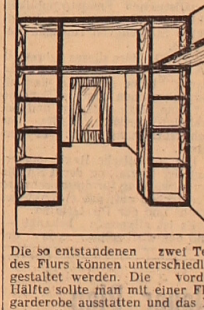
denen sie mich und konnten sie sich kaum der Tränen erwehren.

Die Tochter von W. Paschchenko aus Kustana - Valentine Lanzner - und ihr Mann sind in die BRD ausgewandert.

Als harte Fremde entpuppte sich das gelobte „Vaterland“ auch für Maria Peters, die neun Jahre in der BRD verbracht hat.

W. Fischer aus dem Dorf Taranowskoje, Gebiet Kustana, zeigte mir einen Brief von ihrer Cousine Irene, die 1961 mit ihrer Familie auf Drängen ihrer Mutter in die BRD ausgewandert ist.

Alle, die in die Heimat zurückgekehrt sind, denken, sie hätten Glück wiederzuerlangen.



Die so entstandenen zwei Teile des Flurs können unterschiedlich gestaltet werden.

Das in kleine Stücke geschnittene Fleisch mit Zwiebelwürfeln bestreuen und in erhitztem Fett anbraten.